

ARND BAUERKÄMPER / NATALIA ROSTISLAVLEVA (Hg.)
Бауэркемпер А. / Ростиславлева Н. В. (отв. ред.)

SICHERHEITSKULTUREN IM VERGLEICH
Культуры безопасности: сравнительное измерение

Arnd Bauerkämper / Natalia Rostislavleva (Hg.)
Бауэркемпер А. / Ростиславлева Н. В. (отв. ред.)

Sicherheitskulturen im Vergleich

Культуры безопасности: сравнительное измерение

Deutschland und Russland / UdSSR
seit dem späten 19. Jahrhundert

Германия и Россия / СССР
в конце XIX – начале XXI вв.

FERDINAND SCHÖNINGH

Deutsches Wissenschafts- und
Innovationshaus – Moskau



Deutschland
Land der Ideen

Gefördert durch das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus (DWIH) Moskau
aus Mitteln des Auswärtigen Amtes
Издание осуществлено при финансовой поддержке Германского дома науки и инноваций
(DWIH) в Москве
из средств, предоставленных Министерством иностранных дел ФРГ

Umschlagabbildung:
Während des Waffenstillstands an der Ostfront 1918.
Deutsche und russische Soldaten feiern zwischen den Stellungen (Bundesarchiv/Scherl)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages nicht zulässig.

© 2014 Ferdinand Schöningh, Paderborn
(Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Jühenplatz 1, D-33098 Paderborn)

Internet: www.schoeningh.de

Einbandgestaltung: Evelyn Ziegler, München
Printed in Germany
Herstellung: Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Paderborn

ISBN 978-3-506-77721-8

Inhalt

Arnd Bauerkämper

Einleitung: Sicherheitskulturen. Konzeptionelle Überlegungen aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive. 7

I. SICHERHEIT IN DER RUSSISCHEN POLITIK UND GESCHICHTSSCHREIBUNG IM FRÜHEN 20. JAHRHUNDERT

Natalia Rostislavleva (russ.)

Probleme der Freiheit und Sicherheit in der russischen Geschichtsschreibung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert 35

Alexandra Bachturina (russ.)

Die Russifizierung der Grenzgebiete im Kontext des Kampfes für die Staatssicherheit Russlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts 51

II. UNSICHERHEIT IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT UND DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE SICHERHEITSKULTUREN NACH 1945

Ilya Zhenin (russ.)

Die Weimarer Republik im politischen Diskurs Russlands an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert 77

Christine Hikel

Ruhe, Ordnung, Sicherheit. Debatten über politische Gewalt in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik Deutschland 91

Sergei Kretinin (russ.)

Regionale Konflikte in Deutschland und Russland (1918-1922) als Bedrohung nationaler und regionaler Sicherheit im Vergleich 106

Klaus Neumann

Die Weimarer Republik: das Projekt der sozialen Sicherheit in unsicheren Zeiten 118

<i>Grigorij Stepanov (russ.)</i> Zwischen Schild und Schwert: DDR-Jugend und Sicherheitspolitik der »Stasi«	132
---	-----

III. SUPRANATIONALE ORGANISATIONEN UND GRENZÜBERSCHREITENDE KOMMUNIKATION

<i>Aleksej Sindeev (russ.)</i> Integration und Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland bei der Entstehung der neuen Sicherheitskultur Europas	145
--	-----

<i>Mariette Fink</i> Neue Sicherheitskulturen im Zuge der europäischen Integration? Der Wandel des Verständnisses von sozialer Sicherheit durch zunehmende grenzübergreifende Zusammenarbeit	167
---	-----

<i>Dmitrij Lukjanov (russ.)</i> Aggression der Sicherheit	181
--	-----

<i>Estelle Bunout</i> Vertrauensbildende Gespräche als Werkzeug der Sicherheit? Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik als Gesprächskanal zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland (1955-1990)	193
---	-----

IV. SICHERHEITSKULTUREN IN DEUTSCHLAND UND RUSSLAND UNTER DEM EINFLUSS DES NEUEN TERRORISMUS SEIT 2001

<i>Alexander Schrepfer-Proskurjakov</i> Terror, Sicherheitskulturen und Medien. Der Nordkaukasus-Konflikt in Russland	219
---	-----

<i>Christian Wipperfürth</i> Sicherheitsdenken in Russland von 1990 bis 2012 in seinem historischen Kontext. Die Rolle Deutschlands	232
---	-----

Abkürzungsverzeichnis	246
-----------------------------	-----

Autorenverzeichnis	248
--------------------------	-----

Personenregister	252
------------------------	-----

Einleitung: Sicherheitskulturen. Konzeptionelle Überlegungen aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive

Zusammenfassung

Ausgehend von aktuellen Debatten über neue (oder erstmals so definierte) Bedrohungen, vermittelt diese Einleitung zunächst einen Überblick über die Geschichte von Sicherheitsbegriffen und -vorstellungen in politisch-gesellschaftlichen Debatten in Europa seit der Frühen Neuzeit. Darüber hinaus werden Grundzüge der damit verbundenen politischen Reaktionen dargelegt. Auf dieser Grundlage widmet sich der zweite Abschnitt mit Bezug auf Christopher Daases Überlegungen dem Konzept der »Sicherheitskultur«. Dabei wird argumentiert, dass sich dessen Dynamik im Hinblick auf die Geschichte Russlands bzw. der Sowjetunion und Deutschlands aus den fortwährend entstehenden Herausforderungen ergibt, die jeweils neue Definitionen der Risiken, Normen und Werte erfordern. Deshalb sind die Wahrnehmungen, Vorstellungen und Verständnisse von »Sicherheit« in den jeweiligen historischen Kontexten zu untersuchen. Insgesamt wird damit für Studien plädiert, die »Sicherheitskulturen« dynamisch fassen und Diskurse ebenso untersuchen wie die politisch-sozialen Handlungspraktiken konkreter Akteure.

Die Herausgeber danken den Institutionen, welche die Konferenz und die Veröffentlichung des Buches gefördert haben: dem Deutschen Wissenschafts- und Innovationshaus (DWIH) Moskau, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Russischen Staatlichen Universität für die Geisteswissenschaften und der Freien Universität Berlin.

Резюме

Введение: культуры безопасности в Германии и России в XX в. Концептуальные размышления: историческая перспектива

В этой вводной работе с опорой на современные дискуссии о новых угрозах (или явлениях, впервые осознанных как угрозы) сначала приводится обзор развития понятий и представлений о безопасности, зафиксированных в европейских общественно-политических дебатах начиная с Нового времени. Кратко характеризуется политическая реакция на эти представления. На этой основе во втором разделе анализируется концепция »культуры безопасности«, которую развивает Кристофер Даазе (Christopher Daase). Констатируется, что динамика »культуры безопасности« в истории России и Советского Союза определяется возникновением все новых задач, которые требовали по-новому определять риски, нормы и ценности. Таким образом, впечатления и представления о »безопасности«, а также трактовки этого понятия необходимо изучать в соответствующем историческом контексте. Отмечается необходимость в исследованиях, которые рассматривают »культуры безопасности« в динамике и анализируют в равной мере как дискурс, так и политическую и социальную практику конкретных деятелей.

Редакторы сборника благодарят все структуры, которые оказали финансовую поддержку проведению конференции и публикации сборника по ее итогам. Сре-

ди них: Германский дом науки и инноваций в Москве (DWHI), Германское исследовательское сообщество (DFG), Российский государственный гуманитарный университет (РГГУ) и Свободный университет Берлина (Freie Universität Berlin).

»Die gewaltsame Zerstörung von Leben und Eigentum, die der Krieg mit sich bringt, und die unablässige Anstrengung und Anspannung, die bei einem Zustand ständiger Bedrohung herrschen, werden sogar äußerst freiheitsliebende Nationen dazu zwingen, um der Ruhe und Sicherheit willen zu Einrichtungen Zuflucht zu nehmen, die tendenziell ihre bürgerlichen und politischen Rechte gefährden. Zur Erhöhung ihrer Sicherheit sind sie schließlich dazu bereit, das Risiko einer Verringerung ihrer Freiheit einzugehen.«¹

»Sicherheit« ist in der politischen Diskussion zu einem leitenden, oft nahezu beliebig benutzten Begriff geworden, der von verschiedenen Akteuren auf unterschiedliche Bereiche bezogen worden ist. Sie haben nicht nur Sekurität gegenüber Kriegen, Kriminalität und Lebensrisiken gefordert, sondern sie sind auch für Versorgungssicherheit eingetreten. So ist angesichts der Nuklearkatastrophe in Japan 2012 von Politikern wie Norbert Röttgen nachdrücklich verlangt worden, in der Energiepolitik »Sicherheit neu [zu] denken«, um die »Sicherheit kommender Generationen« zu gewährleisten. Die Genese eines grenzüberschreitenden universalistischen Menschenrechtsdiskurses hat sogar dem noch weiter reichenden Ziel der *human security* eine beträchtliche Legitimität verliehen. *Risk management* ist daher zu einer zentralen politischen Aufgabe avanciert. Kritiker haben demgegenüber vor einem ausufernden Diskurs der »Versicherheitlichung« (*securitization*) von Politik und Gesellschaft gewarnt, die – nach der Kopenhagener Schule der Internationalen Beziehungen – zu einer Abkehr von norm- und regelgeleiteter Kommunikation angesichts als existenziell wahrgenommener Gefahren führen kann. Zudem ist auf die Macht der Sicherheitsexperten hingewiesen worden, die mit ihren Alltagspraktiken nach der »Pariser Schule« politische und gesellschaftliche Herrschaftsstrukturen verfestigen. Angesichts dieser Problemlage haben Wissenschaftler eine »Desecuritization« (Ole Wæver) und die Herausbildung von »cultures of insecurity« (Jutta Weldes u.a.) gefordert. Die Kritik an der Fixierung auf Sicherheitsbesorgnisse ist auch von Intellektuellen aufgegriffen worden. So hat der Schriftsteller Peter Sloterdijk den Aufstieg einer »sekuritären Gesellschaft« kritisiert und die Freiheit als »Opfer« des politisch-sozialen Wandels seit 2001 bezeichnet.²

¹ Hamilton, Alexander; Madison, James, Jay, John, Die Federalist Papers. Darmstadt 1993, S. 84.

² Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Der Spiegel, Nr. 17, 23. April 2011, S. 31; Zeit-Magazin, Nr. 51, 11. Dezember 2008, S. 30 f. Vgl. auch Daase, Christopher: Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm. In: ders.; Oppermann, Philipp; Rauer, Valentin (Hg.): Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr. Frankfurt/M. 2012, S. 23–44, hier: S. 27, 30; Conze, Eckart: Securitization. Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz? In: Geschichte und Gesellschaft 38 (2012), S. 453–467, hier: S. 457–459; Zwierlein, Cornel; Graf, Rüdiger: The Production of Human Security in Premodern and Contemporary History. In: Historical Social Research 35(2010)4, S. 7–21. Zur konzeptionell-theoretischen Debatte beson-

Die oft als uferlos wahrgenommene Expansion staatlicher Sicherheitspolitik ist besonders seit den Anschlägen, die am 11. September 2001 das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington trafen, intensiv diskutiert worden, auch im transatlantischen Verhältnis. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Staatlichkeit in Europa positiver gefasst wird als in den USA. Zudem beziehen die Europäer den Leitwert der Freiheit überwiegend auch deutlicher auf das Ziel relativer Gleichheit als die Mehrheit der Amerikaner. Daher ist der Gegensatz zwischen Freiheit und Sicherheit in Europa weniger scharf ausgebildet als in den USA.³

Nach dem Beginn des vom früheren amerikanischen Präsidenten George W. Bush proklamierten *War on Terror* und der Inhaftierung gefangener Terroristen auf dem Militärstützpunkt Guantánamo Bay, wo sie nicht der ordentlichen Strafgerichtsbarkeit unterstehen, hat sich darüber hinaus eine heftige Kontroverse über die Legitimität umfassender staatlicher Sicherheitsgesetze entwickelt, mit denen die Bush-Administration schon Ende 2001 die Anwendung völkerrechtlicher Normen auf Terrorismusverdächtige ausschloss. Überdies dehnte der *USA Patriot Act* die Befugnisse der Behörden aus, die Straftaten verfolgen sollen. Zugleich sind die Machtbefugnisse des Präsidenten erheblich erweitert worden, um letztlich erneut eine *imperial presidency* zu errichten. Kritiker dieser Politik, die nach dem Amtsantritt Barack Obamas im Januar 2009 nur z. T. zurückgenommen worden ist, haben demgegenüber auf den Stellenwert hingewiesen, den die Verfassung des Landes individuellen Freiheitsrechten zuweist. Zugleich ist verlangt worden, die Konzentration auf die staatlichen Polizeibehörden und exekutive Kompetenzen aufzugeben. Demgegenüber haben politische Beobachter gefordert, den Stellenwert zivilgesellschaftlicher Abwehrkräfte zu stärken. Ähnliche Konflikte haben in vielen europäischen Staaten zu einer nachhaltigen, bis zur Gegenwart anhaltenden politischen Polarisierung geführt. In Großbritannien ist mit dem 2001 erlassenen *Antiterrorism Crime and Security Act* sogar das Recht auf Freiheit und Sicherheit der Person nach dem UN-Zivillpakt aufgehoben worden. Nachdem der *Terrorism Act* 2006 dort den Behörden zudem erlaubt hatte, Verdächtige bis zu 90 Tage zu inhaftieren, warnte der Leiter der britischen Staatsanwaltschaft vor dem Verlust demokratischer Werte. Beim Umgang mit Terroristen hat sich die amerikanische Regierung ebenso wie in der 2013 entstandenen Kontroverse um die Publikation geheimer Daten der *National Security Agency* sogar auf den schon 1917 veröffentlichten *Espionage Act* berufen, der Sabo-

ders: Wæver, Ole: Securitization and Desecuritization. In: Lipschutz, Ronnie (Hg.): *On Security*. New York 1995, S. 46-86; Weldes, Jutta, u.a., Introduction: Constructing Insecurity. In: dies (Hg.): *Cultures of Insecurity. States, Communities, and the Production of Danger*. Minneapolis 1999, S. 1-33; Münkler, Herfried: Strategien der Sicherung: Welten der Sicherheit und Kulturen des Risikos. Theoretische Perspektive. In: ders.; Bohlender, Matthias; Meurer, Sabine (Hg.): *Sicherheit und Risiko. Über den Umgang mit Gefahr im 21. Jahrhundert*. Bielefeld 2010, S. 11-34.

³ Dazu Haller, Gret: Die Bedeutung von Freiheit und Sicherheit in Europa und in den USA. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 5-6/2008, S. 9-14.

tage gegenüber der amerikanischen Kriegführung, Befehlsverweigerung gegenüber dem Militär und eine Blockade der Rekrutierung von Soldaten verbietet.⁴

Auch in Russland ist über das Ausmaß und die Formen staatlicher Sicherheitspolitik diskutiert worden. Vor allem Attentate tschetschenischer Terroristen haben zu einer Verstärkung der staatlichen Sicherheitspolitik geführt. Sie ist seit den neunziger Jahren – nicht zuletzt angesichts des Kampfes um die tschetschenische Unabhängigkeit und des neuen islamistischen Terrorismus – auch gegen Anschläge mit nuklearen, biologischen und chemischen Waffen gerichtet worden, deren Einsatz die Regierung vor allem seit dem Amtsantritt (als Präsident bzw. Ministerpräsident) Wladimir Putins wiederholt als Menetekel beschworen hat. Darüber hinaus ist der internationale Cyberterrorismus zunehmend als Gefahr definiert worden. Damit verknüpft, sind die Kompetenzen der russischen Sicherheitsorgane erheblich erweitert worden. Zugleich haben die Behörden aber auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit anderen Staaten verstärkt, z.B. im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Gruppe der Acht (G 8). In Deutschland hat die Gefahr, die von radikal islamistischen Gruppen ausgegangen ist, anhaltende Konflikte ausgelöst, so über die Erfassung und Weitergabe persönlicher Daten. Vor allem sind aber neue Gesetze zu einer effektiveren Kooperation zwischen den Polizeibehörden und den Nachrichtendiensten auf Vorbehalte gestoßen. Auch konnten vorübergehend diskutierte Vorschläge, eine Präventionshaft zu verhängen oder sogar ein gesondertes »Feindstrafrecht« für Terroristen einzuführen, nicht durchgesetzt werden.⁵

Die politische Debatte über das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit hat sich aber nicht auf die Herausforderung des Terrorismus beschränkt. Vielmehr ist auch in Bezug auf den Schutz vor Lebensrisiken (z.B. Krankheit, Unfälle und Alter) und hinsichtlich der Rolle des Wohlfahrtsstaats über den Stellenwert der beiden Leitkategorien diskutiert worden.⁶ Die Kontroversen über die Balance von Freiheit und Sicherheit haben aber auch durchweg auf den Stellenwert von Überzeugungen, Werten und Normen verwiesen, die Gefahrenperzeptionen geprägt und die Wahl von Gegenmaßnahmen beeinflusst haben. Damit hat sich die Aufmerksamkeit von Politikern und Wissenschaftlern auf

⁴ Vgl. Flynn, Stephen: Recalibrating Homeland Security. Mobilizing American Society to Prepare Disaster. In: *Foreign Affairs* 90(2011), S. 130–140, hier: S. 136 f., 140; Greiner, Bernd: 9/11. Der Tag, die Angst, die Folgen. München 2011, bes. S. 131–208, 225–236; Butter, Michael u.a. (Hg.): 9/11. Kein Tag, der die Welt veränderte. Paderborn 2011.

⁵ Vergleichend: Smidt, Wolbert K.; Poppe, Ulrike (Hg.): *Fehlbare Staatsgewalt. Sicherheit im Widerstreit mit Ethik und Bürgerfreiheit*. Berlin 2009; Kaim, Markus: *Internationale Sicherheitspolitik nach dem 11. September*. In: *APuZ*, B 27/2011, 4. Juli 2011, S. 3–9, bes. S. 7 f. Zur Debatte auch die Beiträge in: Arnauld, Andreas von; Staack, Michael (Hg.): *Sicherheit versus Freiheit?* Berlin 2009.

⁶ Hockerts, Hans Günther: *Vom Problemlöser zum Problemerzeuger? Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert*. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 47(2007), S. 3–29, hier: S. 16, 23; ders.: *Metamorphosen des Wohlfahrtsstaats*. In: ders.: *Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945*. Göttingen 2011, S. 139–149, hier: S. 147–149. Der Begriff »Sozialpolitik« wurde von dem Ökonom und Historiker Gustav Schmoller im späten 19. Jahrhundert geprägt. Vgl. Clark, Christopher: *Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947*. München 2007, S. 702.

spezifische Sicherheitskulturen gerichtet, die in Russland bzw. der Sowjetunion und in Deutschland grundsätzliche ähnliche etatistische, z.T. sogar autoritäre Traditionen aufweisen. In beiden Ländern ist staatlichen Institutionen seit dem 19. Jahrhundert ein hoher Stellenwert bei der Gefahrenabwehr zugewiesen worden. Sowohl Deutschland als auch Russland können im Hinblick auf die Sicherheitspolitik in Diktaturen und Demokratien untersucht werden, deren jeweilige Ausprägung gleichwohl unterschiedlich war. So unterschied sich das nationalsozialistische Regime hinsichtlich der Programmatik und des institutionellen Gefüges deutlich von der stalinistischen bzw. staatssozialistischen Diktatur, welche die Sowjetunion – und von den späten vierziger Jahren bis 1989 auch die DDR – kennzeichnete. Eine historische Sicherheitsforschung, die interdisziplinär angelegt ist, muss diese internen Differenzen, aber auch die Unterschiede zwischen den Nationen erklären.⁷

1. Sicherheit in historischer Perspektive

Wie bereits angedeutet, ist der Sicherheitsbegriff nicht nur in der politikwissenschaftlichen Forschung, sondern auch in der neueren Historiographie zu einem wichtigen Konzept politisch-gesellschaftlicher Ordnung aufgestiegen. So hat die englische Historikerin Emma Rothschild argumentiert, dass das pluralistische Verständnis von Sicherheit, das nach dem Zweiten Weltkrieg entstand, letztlich auf die Epoche von 1649 bis 1789 zurückverweise.⁸ Diese Interpretation, die aktuelle Diskussionen weitgehend ungebrochen auf die Epoche vor dem Aufstieg des modernen Interventionsstaates bezieht, ist in der Geschichtsschreibung aber umstritten geblieben, da sie die spezifischen Merkmale und z. T. präzedenzlosen Kontexte der Sicherheitspolitik im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert ebenso wenig erfasst wie die darauf bezogenen Diskurse.

Die Konflikte über das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit sowie die Balance von individuellen Entscheidungen und staatlicher Kontrolle ist trotz des oft engen Gegenwartsbezuges in der anhaltenden Debatte keineswegs erst seit 1990 geführt worden. Vielmehr trat der Begriff der »Sicherheit« bereits in der römischen Antike hervor, so im allegorischen Sinn als *securitas publica* auf Münzprägungen. Allerdings nahm das Konzept in dieser Epoche ebenso wenig einen bedeutenden Stellenwert ein wie im Mittelalter, als das semantische Feld um »Frieden« im Mittelpunkt der Diskurse stand. Demgegenüber wertete der zunehmende Raumbezug »Sicherheit« in der Frühen Neuzeit auf. In Deutschland nahmen im Alten Reich (1648-1806) der Kaiser, aber auch Institutionen wie die Reichsstände und das Reichskammergericht bereits wichtige Aufgaben zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit wahr. Dabei diffe-

⁷ Fitzpatrick, Sheila; Geyer, Michael (Hg.): *Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared*. Cambridge 2009. Vgl. auch Bauerkämper, Arnd: *Das Erbe des Kommunismus im vereinten Deutschland. Die Zeitgeschichtsschreibung und die DDR*. In: *Revue d'Allemagne* 31(1999)1, S. 169–184.

⁸ Rothschild, Emma: *What is Security?* In: *Daedalus* 124(1995)3, S. 53–98, hier: S. 60, 65 f., 71.

renzierten sich umfassende Friedenskonzepte (*pax publica* und *pax civilis*) aus, so dass *securitas* zu einem politischen Grundbegriff wurde. Im 18. Jahrhundert bemühte sich die frühneuzeitliche Staatsgewalt, ihren Anspruch auf die Herstellung und den Schutz innerer Sekurität sukzessive gegenüber konkurrierenden Instanzen durchzusetzen. Sicherheitspolitik wurde integraler Bestandteil der Durchsetzung staatlicher Souveränität. Dabei wurden auch Sicherheitsgefahren beschworen und Gegenmaßnahmen konkretisiert. Dieser Prozess vollzog sich in den verschiedenen Räumen Europas in unterschiedlichem Ausmaß und in differenten Formen. Zudem war seine politische Legitimationsgrundlage keineswegs unumstritten, denn zumindest Montesquieu bezog Sicherheit eng auf politische Freiheit. Im 19. Jahrhundert bildete sich angesichts des Durchbruches der Industrialisierung, des forcierten technologischen Wandels und des damit einhergehenden Aufstiegs der Klassengesellschaft eine neue Erfahrung gesellschaftlicher Unsicherheit heraus. Die sich öffnende Kluft zwischen »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont«,⁹ die sich in der »klassischen Moderne«¹⁰ verschärfte, verließ Perzeptionen von Kontingenz Auftrieb. Sie begründete schließlich im späten 19. Jahrhundert – freilich in variierendem Ausmaß und unterschiedlichen Formen – ein Sicherheitsbedürfnis, das sich u. a. im Ausbau polizeilicher Kompetenzen und im Übergang zu staatlicher Wohlfahrtsfürsorge niederschlug. In der bürgerlichen Gesellschaft wurde die Sicherung von »Ruhe und Ordnung« zu einem grundlegenden Imperativ staatlicher Institutionen, die damit ihre Legitimität stärken, diese aber – bei einem offenkundigen Scheitern ihrer Politik – auch einbüßen konnten.¹¹

Damit reflektierte und steigerte die Zunahme staatlicher Interventionen in Wirtschaft und Gesellschaft die Ansprüche auf Sicherheit und Stabilität. Bürger erwarteten auch den Schutz vor natürlichen Kräften. So sollte die Natur gezähmt werden, indem Flüsse reguliert, Moore trocken gelegt und als bedrohlich geltende Tierarten wie Wölfe und Giftschlangen ausgerottet wurden. Im 19. Jahrhundert nutzten Experten jeweils besonders Naturkatastrophen wie das Rheinhochwasser im November 1882, um weitere wissenschaftliche Un-

⁹ Koselleck, Reinhart: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt/M. 1979, S. 359, 364, 372. Dazu: Schinkel, Anders: *Imagination as a Category of History: An Essay Concerning Koselleck's Concepts of Erfahrungsraum und Erwartungshorizont*. In: *History and Theory* 44 (2005), S. 42–54, bes. S. 42, 45, 47 f., 52–54.

¹⁰ Peukert, Detlev K.: *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*. Frankfurt/M. 1987; Heribert, Ulrich: *Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century*. In: *Journal of Modern European History* 3(2006), S. 5–21. Dazu auch: Nitschke, August u.a. (Hg.): *Jahrhundertwende. Der Aufbruch in die Moderne 1880–1930*. Reinbek 1990.

¹¹ Härter, Karl: *Sicherheit und Frieden im frühneuzeitlichen Alten Reich. Zur Funktion der Reichsverfassung als Sicherheits- und Friedensordnung 1648–1806*. In: *Zeitschrift für Historische Forschung* 30(2003), S. 413–431, bes. S. 413–415, 419, 421; Zwierlein, Cornel: *Sicherheitsgeschichte. Ein neues Feld der Geschichtswissenschaften*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 38(2012), S. 365–386, hier: S. 368–370; Lindenberger, Thomas: *Ruhe und Ordnung*. In: François, Etienne; Schulze, Hagen (Hg.): *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 2. München 2001, S. 469–484; Zwierlein; Graf: *Production*, S. 9, 12; Conze, Werner: *Artikel »Sicherheit, Schutz«*. In: Brunner, Otto; Conze, Werner: *Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 5. Stuttgart 1984, S. 831–862, hier: 831 f., 838–858.

tersuchungen zu rechtfertigen und damit die staatliche Unterstützung der Wissenschaften zu erweitern.¹²

Mit der Herausbildung einer Expertenkultur einhergehend, vollzog sich im späten 19. Jahrhundert eine fortschreitende Ausweitung und institutionelle Differenzierung staatlicher Sicherheitspolitik, die schließlich zu einem umfassenden Risikomanagement wurde. Über den Schutz vor Verbrechen und Kriegen hinaus erfasste sie zusehends Lebensrisiken wie Alter und Krankheit, aber auch die Versorgung mit Essen und Energie. Dabei wurden Wohlfahrtskompetenzen aus dem Aufgabenfeld der frühneuzeitlichen »Policey« ausgegliedert. Der Aufstieg des Sozialstaates seit dem späten 19. Jahrhundert kann damit als Prozess der »Versicherheitlichung« gefasst werden.¹³ Mit dem Aufstieg des Nationalstaates und dem Aufstieg von »Territorialität« wurde die Produktion und Bewahrung von Sekurität schließlich zu einer bedeutenden Legitimitätsressource des Staates und der ihn tragenden politischen Eliten. Zugleich wuchsen mit der Zunahme staatlicher Interventionen die Sicherheitsbedürfnisse und -erwartungen, die nur noch z. T. erfüllt werden konnten. Das Versprechen, die Daseinsvorsorge zu gewährleisten und Bürger vor inneren und äußeren Gefahren zu schützen, hat damit ein grundsätzliches Dilemma herbeigeführt, das unmittelbar die Legitimität staatlicher Herrschaft berührt.¹⁴

In diesen Debatten haben vor allem monarchisch-absolutistische Herrscher und autoritäre politische Eliten Freiheit und Sicherheit als komplementäre Werte definiert und propagiert. Seit dem 19. Jahrhundert nahmen liberale Kritiker das Verhältnis zwischen den beiden leitenden Konzepten politischer Ordnung demgegenüber zunehmend als Gegensatz wahr. Dabei rekurrten sie oft auf Benjamin Franklin, der schon früh auf die Aufgabe von Freiheit im Namen der Sicherheit gewarnt hatte.¹⁵ Neben die Sicherheit *durch* den Staat trat aus ihrer Perspektive auch die Sicherheit *vor* dem Staat. Damit sind Konzepte anderer Akteure in Frage gestellt worden, die Freiheit als Voraussetzung

¹² Blackbourn, David: Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft, München 2007, bes. S. 9-31; Masius, Patrick: Risiko und Chance: Naturkatastrophen im Deutschen Kaiserreich (1871-1918). Eine umweltgeschichtliche Betrachtung. Göttingen 2010, S. 201, 207; ders.: Natur und Kultur als Quellen der Gefahr – Zum historischen Wandel der Sicherheitskultur. In: Daase; Offermann; Rauer (Hg.): Sicherheitskultur, S. 183-204, hier S. 184-190.

¹³ Conze: Securitization, S. 462; Zwierlein: Sicherheitsgeschichte, S. 374.

¹⁴ Conze: Securitization, S. 458, 462. Vgl. auch Lüttke, Alf; Wildt, Michael: Einleitung. Staats-Gewalt. Ausnahmezustand und Sicherheitsregime. In: dies. (Hg.): Staats-Gewalt. Ausnahmezustand und Sicherheitsregimes. Historische Perspektiven. Göttingen 2008, S. 7-38, hier: S. 15-20; Frevel, Bernhard: Sichere Gesellschaft – Ein unerfüllbares Versprechen? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34 – 36/2013, S. 53-57, hier S. 56; Saube, Achim: Von »Ruhe und Ordnung« zur »inneren Sicherheit«. Eine Historisierung gesellschaftlicher Dispositive. In: Zeithistorische Forschungen, Online-Ausgabe, 7(2010)2, S. 2 (Zugriff am 8. Dezember 2010). »Territorialität« nach: Maier, Charles S.: Transformations of Territoriality 1600–2000. In: Budde, Gunilla; Conrad, Sebastian; Janz, Oliver (Hg.): Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien. Göttingen 2006, S. 32–55; ders.: Consigning the Twentieth Century to History: Alternative Narratives for the Modern Era. In: American Historical Review 105(2000), S. 807–831, bes. S. 807.

¹⁵ They who can give up essential liberty to obtain a little temporary safety, deserve neither liberty or safety« (Franklin, Benjamin: Memoirs. London 1818, S. 270).

der Sicherheit oder umgekehrt gefasst und bestimmt haben. Zudem gewann in den Konflikten über die Balance zwischen den beiden Leitkategorien der Streit über das jeweils hinzunehmende »Risiko« einen zentralen Stellenwert. Insgesamt sind Kontroversen über »Sicherheit« zu einem für die politisch-soziale Selbstverständigung wichtigen Konfliktfeld geworden, vor allem in westlichen Demokratien. Aber auch in autoritären politischen Ordnungen haben sich seit dem späten 19. Jahrhundert zwischen politischen und gesellschaftlichen Akteuren Auseinandersetzungen herausgebildet, die jeweils auf Prozesse der symbolischen Integration und der Legitimation verweisen. Darüber hinaus haben sich Sicherheitsdiskurse – oft mit Bezug auf konkurrierende Leitwerte wie Freiheit – auf internationale bzw. supranationale Organisationen wie die Europäische Union und die Vereinten Nationen erstreckt.¹⁶

Wie die Analyse der in diesem Band behandelten beiden Staaten zeigt, ist die Wahrnehmung und Produktion von Sicherheit historisch variabel. Diese Prozesse unterscheiden sich in zeitlicher Hinsicht. Aber auch synchron sind Differenzen zwischen den verschiedenen Akteuren unübersehbar. Zudem haben sich Sicherheitsperceptionen, -vorstellungen und -regimes vielfach auf korrelative Werte bezogen, vor allem auf verschiedene Konzepte von Freiheit. In der weiteren Forschung sollte die Konzentration auf den Sicherheitsbegriff deshalb zugunsten eines weiteren semantischen und inhaltlichen Felds überwunden werden.¹⁷

So ist in Russland bereits in den Auseinandersetzungen mit dem Terrorismus, mit dem vor allem Anarchisten von 1880 bis 1910 das Zarenreich erschütterten, über die Gefahrenperceptionen und die zu ergreifenden Sicherheitsmaßnahmen gestritten worden. Überdies stellten die immer anonymeren Attentate und der technische Fortschritt, den Attentäter in Russland ebenso nutzten wie im Kaiserreich und in Großbritannien, traditionale politische und gesellschaftliche Verhaltensnormen in Frage. So zeigte der Anschlag, dem 1881 Zar Alexander II. zum Opfer fiel, dass die überkommenen soldatisch-aristokratischen Tugenden, mit denen die Monarchen den Tätern lange mutig entgegen getreten, zunehmend dysfunktional wurden. Damit setzte eine Transformation der Sicherheitskultur ein, die auf den Schutz der Herrscher zielte, um sie vor terroristischen Anschlägen zu schützen. Die Spannungen, die auch in anderen Staaten Europas den Antisemitismus als Protest gegen die Moderne nährten, entluden sich in Russland nach dem Attentat auf Alexander II. in Pogromen, die viele russische Juden nach West- und Osteuropa trieben. Nicht zuletzt nährten Erhebungen in Zentralasien, das die russischen Eliten dem Zarenreich zurechneten, im späten 19. Jahrhundert, vor allem aber nach der Revolution von 1905 Zweifel an der Integrationskraft des multiethnischen Imperiums. Vor dem Hintergrund dieser Unruhen mutierte »Anarchismus« zu einem Kampfbegriff, mit dem vor allem russische Militärbefehlshaber und -gouverneure politische Gegner in der autokratischen Monarchie nahezu be-

¹⁶ Conze: *Securitization*, S. 466. Überlegungen zu historischen Studien über das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit in: Daase, Christopher: *Die Historisierung der Sicherheit. Anmerkungen zur historischen Sicherheitsforschung aus politikwissenschaftlicher Sicht*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 38(2012), S. 387–405, hier: S. 389, 396; Zwierlein: *Sicherheitsgeschichte*, S. 375.

¹⁷ Daase: *Historisierung*, S. 404.

liebig als Sicherheitsrisiko stigmatisierten. Zugleich wandten sich im russischen Zarenreich Liberale gegen die vorherrschende autoritäre Sicherheitskultur, in der die Machthaber Anschläge oft funktionalisierten, um Reformen abzubremchen, polizeilich-militärische Gewalt auszuüben und die Opposition zu unterdrücken.¹⁸

Auch im Deutschen Kaiserreich stellte die Dauerpräsenz politisch-sozialer Auseinandersetzungen im späten 19. Jahrhundert nahezu permanent die weit verbreiteten, z. T. noch in ständischen Gesellschaftsvorstellungen verwurzelten Ideale von Konsens und Homogenität in Frage. Sogar in der liberalen, parlamentarischen Demokratie der Niederlande löste der Aufstieg des Sozialdemokratischen Bundes Umsturzängste aus, so dass 1887 ein Artikel in die Konstitution aufgenommen wurde, der den König berechtigte, »zur Wahrung der äußeren oder inneren Sicherheit [...] für jeden Teil des Hoheitsgebietes den Kriegs- und Belagerungszustand« zu verhängen.¹⁹ Ebenso verbreitete sich in anderen Staaten Europas, wo von 1880 bis 1914 (ohne Russland) 160 Menschen Bombenanschlägen von Anarchisten zum Opfer fielen, das Dispositiv der »Verschwörung«. Indem damit weit reichende Sicherheitsmaßnahmen begründet wurden, bildeten sich neue Formen der Gouvernamentalität heraus, wie die Zusammenkunft von Delegierten aus 21 Ländern in Rom im September 1898 zeigte. Sie vereinbarten eine verstärkte Kooperation der Polizeikräfte und Geheimdienste im Kampf gegen den Anarchismus. Aus der Sicht vieler Zeitgenossen war in der Krise des *fin de siècle* um 1900 die »fundamentale Unsicherheit zum Signum der Moderne« geworden, die sich als »Bewegung in eine unbekannte Zukunft« entpuppte. »Sicherheit« verhiess angesichts dieser Angst die »Lösung des Problems gesteigerter Kontingenz von Individuen.« Im 20. Jahrhundert bildeten sich vor diesem Hintergrund vor allem in Demokratien, in denen staatliche Maßnahmen (einschließlich Gewalt) zur Produktion von Sicherheit legitimiert werden mussten, Auseinandersetzungen über das Verhältnis zur Freiheit heraus. Besonders in den Diktaturen der Bolschewiki-

¹⁸ Dietze, Carola; Schenk, Frithjof Benjamin: Traditionelle Herrscher in moderner Gefahr. Soldatisch aristokratische Tugendhaftigkeit und das Konzept der Sicherheit im späten 19. Jahrhundert. In: Geschichte und Gesellschaft 35(2009), S. 368–401, bes. S. 368, 371., 374, 381, 384, 390. Überblick in: Walther, Rudolf: Artikel »Terror, Terrorismus«. In: Brunner, Otto; Conze, Werner; Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 6. Stuttgart 1990, S. 323–444, hier: S. 386–391. Zu den zentrifugalen Kräften im russischen Vielvölkerstaat: Brower, David: Turkestan and the Fate of the Russian Empire. London 2003, bes. S. 88–125, 176–181; Mark, Rudolf A.: Im Schatten des »Great Game«. Deutsche »Weltpolitik« und russischer Imperialismus in Zentralasien 1871–1914. Paderborn 2012, S. 138–140. Zum Antisemitismus im Vergleich: Berding, Helmut: Moderner Antisemitismus in Deutschland. Frankfurt/M. 1988, S. 85–162; Terwey, Susanne: British Discourses on »the Jew« and »the Nation« 1899–1919. In: Quest. Issues in Contemporary Jewish History. Journal of Fondazione CDEC, 3 July 2012, url: www.quest-cdecjournal.it/focus.php?issue=3&id=298 (letzter Zugriff: 12. September 2012).

¹⁹ Zit. nach: de Graaf, Beatrice: Der Kampf gegen die »Schwarze Internationale«. »Konspiration« als Sicherheitsdispositiv um 1870–1910. In: Zwierlein, Cornel (Hg.), Sicherheit und Krise. Interdisziplinäre Beiträge der Forschungstage 2009 und 2010 des Jungen Kollegs der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste. Paderborn 2012, S. 41–62, hier: S. 55.

ki, der Faschisten und Nationalsozialisten nährte die Erfahrung der Zerrissenheit moderner Gesellschaften die Utopie des neuen »Tatmenschen«. Alles in allem dehnten sich Sicherheitskulturen angesichts der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg aus, zwischen Demokratien ebenso wie zwischen Diktaturen. Allerdings widersetzten sich die Regierenden in Staaten, die individuelle Freiheit als politisch-gesellschaftlichen Leitwert hoch schätzten, z. T. einer engen Polizeikooperation, die 1914 in einer Konferenz in Monaco gipfelte.²⁰

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen demonstrierten jedoch nachdrücklich die Fragilität innerer und äußerer Sekurität. Schon im Mai 1915 löste die Versenkung des Passagierschiffes »Lusitania« durch ein deutsches U-Boot in Großbritannien – besonders in London – Übergriffe gegen Deutsche aus, die als *enemy aliens* auch in der Presse diffamiert und unterschiedslos interniert wurden. In demselben Monat verließen der öffentliche Abtransport von Feindstaatenangehörigen (besonders der Deutschen und Österreicher), den der Militärgouverneur von Moskau anordnete, und Gerüchte über Spionage und Sabotage in Russland dem Fremdenhass angesichts militärischer Rückschläge so kräftig Auftrieb, dass sich noch im Mai 1915 Unruhen ausbreiteten. Das Zarenregime versuchte – gegen die Kritik der russischen Liberalen – vergeblich, die Proteste gegen die Fremden in den Dienst der offiziellen Politik zu stellen. Vielmehr gerieten die Machthaber selber unter den Druck der nationalistisch-populistischen Agitatoren, so dass ab 1915 angeordnet wurde, alle Feindstaatenangehörigen statistisch aufzunehmen und sie nicht mehr einzubürgern. Die Oktoberrevolution in Russland steigerte schließlich die Dämonisierung äußerer und innerer Feinde. Dabei richtete sich Gewalt auch gegen Kriegsgefangene und Zivilinternierte.²¹

²⁰ Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Fisch, Jörg: Europa zwischen Wachstum und Gleichheit 1850–1914. Stuttgart 2002, S. 318 f.; Makropoulos, Michael: »Sicherheit«. In: Ritter, Joachim; Gründer, Karlfried (Hg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 9. Basel 1995, S. 745–750, hier: S. 748. Vgl. auch Makropoulos, Michael: Kontingenz. Aspekte einer theoretischen Semantik der Moderne. In: Archives Européennes de Sociologie 45 (2004)1, S. 369–399; Siemens, Daniel: Das Narrativ der Krise in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. In: Zwierlein (Hg.): Sicherheit, S. 63–82, hier: S. 64–69; Bauerkämper, Arnd: Die Utopie des »neuen Menschen« und die Herrschaftspraxis in modernen Diktaturen. Persönlichkeitsformung im NS- und SED-Regime, in: Klaus Geus (Hg.), Utopien, Zukunftsvorstellungen, Gedankenexperimente. Literarische Konzepte von einer »anderen« Welt im abendländischen Denken von der Antike bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. 2011, S. 203–227; Jäger, Jens: Verfolgung durch Verwaltung. Internationales Verbrechen und internationale Polizeikooperation 1880–1933. Konstanz 2006, S. 237, 243, 247; Bernhard, Patrick: Konzertierte Gegnerbekämpfung im Achsenbündnis. Die Polizei im Dritten Reich und im faschistischen Italien 1933 bis 1943. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59 (2011), S. 229–262.

²¹ Lohr, Eric: Nationalizing the Russian Empire. The Campaign against Enemy Aliens during World War I. Cambridge 2003, bes. S. 31–54, 166–173; Panayi, Panikos: The Enemy in Our Midst. Germans in Britain During the First World War. New York 1991, S. 76–81; Stibbe, Matthew: Introduction: Captivity, Forced Labour and Forced Migration during the First World War. In: ders. (Hg.): Captivity, Forced Labour and Forced Migration during the First World War, Abington 2009, S. 1–18, hier: S. 10 f.; Heather Jones, Kriegsgefangenenlager. Der moderne Staat und die Radikalisierung der Gefangenschaft im Ersten Weltkrieg. In: Mittelweg 36 (2011)4, S. 59–75.

Die Erfahrung bürgerkriegsähnlicher Unruhen und der damit verbundenen Gewalt in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren steigerte in Europa die Sicherheitsbedürfnisse, auch in der Unterschicht und Arbeiterschaft.²² In der Zwischenkriegszeit sollte angesichts dieser Problemlage ein umfassendes *social engineering* in Demokratien und Diktaturen innere und soziale Sicherheit gewährleisten. Die damit betrauten Behörden wurden in nahezu allen europäischen Staaten erweitert und gestärkt. Dabei nutzten die jeweils zuständigen politischen und administrativen Akteure Expertenwissen, das seit der Jahrhundertwende im Zuge der »Verwissenschaftlichung des Sozialen« generiert worden war.²³

Im Anschluss an den Waffenstillstand vom November 1918 und die Pariser Vorortverträge (1919/20) bemühten sich die Kabinette der neuen Weimarer Republik ebenso wie die Bolschewiki, die seit 1917 in Russland sukzessive ihre Alleinherrschaft durchgesetzt hatten, die Kriegsfolgen und die damit verbundenen Herausforderungen – so die Reintegration der demobilisierten Soldaten – zu bewältigen. Dabei war das Sicherheitsbedürfnis der Bürger zu berücksichtigen, das in Deutschland vor allem durch die Hyperinflation der frühen zwanziger Jahre, die Weltwirtschaftskrise ab 1929 und die bürgerkriegsähnlichen Unruhen in den frühen dreißiger Jahren anstieg. Der Krisendiskurs selber trug schließlich zu der wachsenden Verunsicherung der Deutschen bei. Im postrevolutionären Russland griffen die neuen Machthaber in der Phase des Kriegskommunismus angesichts der Angst vor den »weißen« Truppen sogar zu offenem Terror, den 1921 unterschiedliche Repräsentanten des neuen Regimes wie Nikolaj Bucharin und Evgenij Preobraschensky rechtfertigten. Nachdem die Sowjetunion 1922 gegründet worden war, kontrastierte das Selbstverständnis der Machthaber als Hüter von Ordnung und Sicherheit allerdings mit den wiederholten Kurswechseln in den zwanziger Jahren. Im darauf folgenden

²² Gerwarth, Robert: The Central European Counter-Revolution: Paramilitary Violence in Germany, Austria and Hungary after the Great War. In: Past and Present 200(2008), S. 175–209; ders.; Horne, John: The Great War and Paramilitarism in Europe, 1917–23. In: Contemporary European History 19(2010), S. 267–273; Godel, Rainer: Anti-Bourgeois Novels with Bourgeois Readers: »Justifying« Violence in German Volunteer Corps Novels. In: German Studies Review 34(2011) 2, S. 325–344, bes. S. 336, 339; Conze: Artikel »Sicherheit, Schutz«, S. 859.

²³ Raphael, Lutz: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für die Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. In: Geschichte und Gesellschaft 22(1996), S. 165–193, hier: S. 166–185; ders.: Recht und Ordnung. Herrschaft durch Verwaltung im 19. Jahrhundert. Frankfurt/M. 2000, S. 94–114, 130–144; Nolte, Paul: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert. München 2000, bes. S. 391–412. Vgl. auch Föllmer, Moritz: Der »kranke Volkskörper«. Industrielle, hohe Beamte und der Diskurs der nationalen Regeneration in der Weimarer Republik. In: Geschichte und Gesellschaft 27(2001), S. 41–67. *Social engineering* bezeichnet einen »Versuch, die Folgen der Moderne zu bewältigen, der spezifische Versuch, die sozialen Beziehungen zu restabilisieren, um die vermeintliche Desintegration der Gesellschaft abzuwenden.« Zit. nach: Etzemüller, Thomas: Auf den Spuren einer gesellschaftspolitisch problematischen Formation: social engineering 1920–1960. In: Sabrow, Martin (Hg.): ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung 2008. Potsdam 2009, S. 39–47, hier: S. 40. Dazu im Einzelnen auch die Beiträge zu: Etzemüller, Thomas (Hg.): Die Ordnung der Moderne. Social engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2009.

Jahrzehnt stand es im Gegensatz zum Staatsterrorismus, der Josef Stalins Diktatur als permanenten Ausnahmezustand begründete.²⁴

Im Zweiten Weltkrieg radikalisierte sich die sowjetische Sicherheitspolitik noch weiter. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion rief Stalin 1941 zur Bildung von Partisanenverbänden hinter der Front der schnell vordringenden deutschen Truppen auf. »Verräter« und »Saboteure« sollten dabei unverzüglich getötet werden. Überdies ermittelte die »Staatliche Sonderkommission zur Feststellung und Untersuchung von Verbrechen der deutschen faschistischen Invasoren und ihrer Helfershelfer« schon während des Zweiten Weltkriegs Übergriffe und Verbrechen, die von der SS, der Wehrmacht und sowjetischen Kollaborateuren begangen wurden. Zugleich bereiteten die Militärkommissionen, die Leo Trotzki bereits unmittelbar nach der Oktoberrevolution zur Bestrafung von »Verrätern« etabliert und jeweils den Divisionen der Roten Armee zugeordnet hatte, Verfahren zu den Kriegsverbrechen vor. Angesichts dieser repressiven Politik, die vielerorts mit offenem Terror einherging, war das Alltagsleben in den besetzten Gebieten von anhaltender Unsicherheit geprägt. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg bildete sich keine offene Sicherheitskultur heraus, die den Schutz der Menschenrechte einbezog. Erst nach dem Tod Stalins 1953 schränkten die neuen Machthaber um Nikita S. Chruschtschow die hypertrophe, nahezu ausschließlich auf den Schutz des Staats bezogene Politik ein, welche die Sicherheitskultur in der UdSSR tief imprägniert hatte. Demgegenüber hat sich die Sicherheitspolitik in den westlichen Demokratien neben dem Staat zunehmend auf die einzelnen Bürger bezogen.²⁵

Innere und äußere Sicherheit waren im Kalten Krieg in zahlreichen europäischen Demokratien, aber auch in den staatssozialistischen Diktaturen eng miteinander verschränkt. Dabei entfaltete die Furcht vor Nuklearwaffen, deren Perzeption besonders in Deutschland von den Bombenangriffen im Zweiten Weltkrieg geprägt war, eine erhebliche Mobilisierungskraft. Kampagnen wie »Kampf dem Atomtod« in der Bundesrepublik in den späten fünfziger Jahren, die wenig später in Großbritannien gegründete *Campaign for Nuclear Disarmament* und der Protest gegen den »Doppelbeschluss« der NATO vom 12. Dezember 1979 zeigten die weitverbreiteten Sorgen um die Sicherheit in der Blockkonfrontation. Die Gefahren der Nutzung von Atomenergie blieben

²⁴ Baberowski, Jörg: Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus. München 2003; Traverso, Enzo: Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914–1945. München 2008; Walther: Artikel »Terror, Terrorismus«, S. 414 f. Zu Deutschland: Blasius, Dirk: Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933. Frankfurt/M. 2008; Siemens: Narrativ, S. 71.

²⁵ Hilger, Andreas; Petrov, Nikita; Wagenlehner, Günther: Der »Ukaz 43«: Entstehung und Problematik des Dekrets des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 19. April 1943. In: Hilger, Andreas; Schmidt, Ute; Wagenlehner, Günther (Hg.): Sowjetische Militärtribunale, Bd. 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941–1953. Köln 2001, S. 177–209; Hilger, Andreas: Besiegte Sieger. Ehemalige Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter des Zweiten Weltkriegs in der UdSSR und in Russland. In: Lingen, Kerstin von (Hg.): Kriegserfahrung und Nationale Identität in Europa nach 1945. Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis. Paderborn 2009, S. 92–110, bes. S. 100, 102.

demgegenüber anonym und weniger spektakulär, zumindest bis zu der Havarie von Tschernobyl 1986 und dem Reaktorunfall von Fukushima 2011.²⁶

Im »inneren Kalten Krieg« (Mary Fulbrook; Patrick Major) bildeten sich vor allem in der Bundesrepublik Deutschland politische und gesellschaftliche Konflikte über das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit heraus. Dabei wurde »innere Sicherheit« – z. T. als Reaktion auf die steigenden Erwartungen der Westdeutschen – in den siebziger Jahren zu einem »Leitbegriff der politischen Kultur«.²⁷ Genährt von der Euphorie über Pläne und dem Konzept staatlicher Gesellschaftsteuerung, sollte ein umfassendes Sicherheitsmanagement Risiken verringern. Damit reagierten die Regierenden auf die Attentate und Entführungen der Roten Armee Fraktion in der Bundesrepublik und der *Brigate Rosse* in Italien. Zudem trat in den frühen siebziger Jahren die internationale Dimension des Terrorismus hervor, vor allem der Bezug zu den Konflikten im Nahen Osten. Angesichts der neuen Bedrohungslage wurden in den zuständigen Behörden personenbezogene Daten gesammelt, verarbeitet und verteilt. So führte in der Bundesrepublik der Präsident des Bundeskriminalamtes, Horst Herold, in den siebziger Jahren die computergestützte Rasterfahndung nach Terroristen ein. Als im Herbst 1977 der Terrorismus der linksextremistische Roten Armee Fraktion seinen Höhepunkt erreichte, hörten Staatsschutzorgane auch Telefonkommunikation an. Die Behörden rechtfertigten diese Eingriffe in persönliche Freiheitsrechte mit dem Hinweis auf den Rechtsgedanken des »rechtfertigen Notstandes«, der im westdeutschen Strafgesetzbuch kodifiziert war. Der Datenaustausch vollzog sich sogar grenzüberschreitend, und er bildete schließlich die Basis einer internationalen Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik. Der »starke Staat« wurde in der Bundesrepublik 1977 besonders von Kanzler Helmut Schmidt mit den von ihm außerhalb der Verfassung eingerichteten Krisenstäben repräsentiert, wegen der Anschläge der *Irish Republican Army* seit den sechziger Jahren aber sogar in Großbritannien verlangt. Diese Forderung traf in den europäischen Demokratien jedoch auf nachdrückliche Warnungen vor der Erosion von Freiheitsrechten. So wiesen Kritiker der tendenziell expandierenden staatlichen Politik auf die Grenzen der Regulierbarkeit von Sicherheit hin. Dabei beriefen sie sich vor allem auf das Ziel, die freiheitlichen Grundlagen der parlamentarischen Demokratien zu bewahren.²⁸

²⁶ Gassert, Philipp: Popularität der Apokalypse: Zur Nuklearangst seit 1945. In: APuZ, 61/2011, S. 46–54. Zum Terrorismus vergleichend: Hof, Tobias: Staat und Terrorismus in Italien 1969–1982. München 2011; Hürter, Johannes; Rusconi, Gian Enrico (Hg.): Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1969–1982. München 2010; Pekelder, Jacco: Dynamiken des Terrorismus in Deutschland und in den Niederlanden. In: Geschichte und Gesellschaft 35(2009), S. 402–428.

²⁷ Zit. nach: Saube: »Ruhe und Ordnung«, S. 10. Vgl. auch Scheiper, Stephan: Innere Sicherheit. Politische Anti-Terror-Konzepte in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er Jahre. Paderborn 2010.

²⁸ Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis zur Gegenwart. Berlin 2009, S. 489; Kraushaar, Wolfgang: Der nicht erklärte Ausnahmezustand. Staatliches Handeln während des sogenannten Deutschen Herbstes. In: ders. (Hg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2. Hamburg 2006, S. 1011–1025; de Graaf, Be-

Deutlich vor dem Beginn der neueren Debatte sind damit die Gefahren und Risiken der Unterwerfung gesellschaftlicher Prozesse und des Alltagslebens unter die Rationalitätskriterien einer staatlichen Sicherheitspolitik hervorgetreten, die vor allem individuelle Freiheit nicht nur geschützt, sondern auch bedroht hat. Dazu haben warnende Stimmen drei Probleme hervorgehoben. So ist *erstens* die Kritik, dass staatliche Sicherheitspolitik Grundrechte zusehends nicht mehr dem Individuum, sondern der Gesellschaft zuschreibt, im 20. Jahrhundert wiederholt gegen vermeintlich oder tatsächlich ausufernde Sicherheitsansprüche staatlicher Institutionen gerichtet worden. Dies gilt *zweitens* auch für den Einwand, dass Eingriffe zugunsten von Sicherheitsbedürfnissen nicht mehr dem Rechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel entsprechen. Ebenso sind *drittens* sicherheitspolitische Kompetenzen wiederholt in wenigen staatlichen Behörden konzentriert worden. Diese Zentralisierung hat nicht nur unter Experten erhebliche Bedenken, sondern auch den z. T. heftigen Protest von Bürgern ausgelöst. Alles in allem hat sich »Sicherheit« zu einem zentralen Paradigma politischer und gesellschaftlicher Diskurse, Praktiken und Maßnahmen entwickelt, die sich auf ein wachsendes Spektrum von Lebensbereichen bezogen haben. In diesem Prozess haben staatliche Akteure im 20. Jahrhundert maßgeblich zum Wandel der Semantik von »Krise« beigetragen, in dem sie das zunächst vorherrschende Verständnis als offene Entscheidungssituation zu einem Gegenstand des Sicherheitsmanagements umdefinierten. Die daraus abgeleiteten Maßnahmen haben in allen politischen Systemen vorrangig der Herrschaftslegitimation gedient.²⁹

Damit sind aber zugleich zivilgesellschaftliche Werte wie Toleranz und Pluralität in Anspruch genommen worden, denn auch die Anforderungen an die Produktion und den Schutz von Freiheit sind im 20. Jahrhundert im Allgemeinen erheblich gewachsen. Neben die individuelle politische Freiheit, die Bürger gegenüber staatlicher Intervention abschirmte, trat seit dem späten 19. Jahrhundert ein Konzept befähigender Freiheit, die Menschen in die Lage versetzen sollte, liberale Rechte überhaupt wahrzunehmen. Damit ergänzten Maßnahmen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hilfe die politischen Freiheitsrechte. Diese »zwei Freiheiten« (Isaiah Berlin), die beide auf die Rolle des Staates abheben, sind durch Prozesse freiheitlicher Selbstorganisation in den sich herausbildenden Zivilgesellschaften erweitert worden, die nicht auf staatliche Institutionen bezogen sind. Das Verhältnis der verschiedenen Konzepte und Verständnisse von »Freiheit« blieb sowohl innerhalb einzelner Gesellschaften

atrice, Counter-Narratives and the Unrehearsed Stories Counter-Terrorists Unwittingly Produce. In: Perspectives on Terrorism 3 (1986), Nr. 2, S. 5-11, hier: S. 5 f., 9. Vgl. auch Eva Oberloskamp, Das Olympia-Attentat 1972. Politische Lernprozesse im Umgang mit dem transnationalen Terrorismus. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60 (2012), S. 321-352; Riegler, Thomas: Das »Spinnennetz« des internationalen Terrorismus. Der »Schwarze September« und die gescheiterte Geiselnahme von Schönau 1973. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60 (2012), S. 579-601; Vowinckel, Annette: Der kurze Weg nach Entebbe oder die Verlängerung der deutschen Geschichte in den Nahen Osten. In: Zeithistorische Forschungen, Online-Ausgabe, 1 (2004), H. 2 (<http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Vowinckel-2-2004>); Zugriff am 16. Oktober 2012).

²⁹ Siemens: Narrativ, S. 63, 76.

als auch zwischen unterschiedlichen politischen Systemen durchweg umstritten und dynamisch. So ist das Ausmaß befähigender Freiheit an die Ausprägung des Wertes und der Rechte individueller Libertät in einzelnen Gemeinwesen ebenso gebunden wie an den Stellenwert, den politische und gesellschaftliche Akteure dem Staat zugemessen haben. Auch haben z. B. im Systemkonflikt des Kalten Kriegs die antagonistisch gegenüberstehenden Staaten – so die Bundesrepublik und die DDR – die individuellen Menschenrechte (vor allem die Freizügigkeit) bzw. die soziale Sicherheit als Kerne der »Freiheit« jeweils für sich reklamiert.³⁰

Im Gegensatz zu den Politikwissenschaften und den Internationalen Beziehungen, in denen seit den fünfziger Jahren umfassende Studien über Sicherheitsprobleme durchgeführt worden sind, ist das Forschungsfeld in der Geschichtswissenschaft noch schwach verankert. Zwar haben Historiker Arbeiten zum Verhältnis von Sicherheit und Staatlichkeit, zum Aufstieg von Versicherungen und zur »Versicherheitlichung« bzw. »Entsicherheitlichung« als Prozesse vorgelegt; systematische historische Analysen zur Sicherheit, die auch Untersuchungsansätze und Konzepte der Nachbardisziplinen aufnehmen, sind aber noch kaum veröffentlicht worden. Immerhin zeichnet sich allerdings eine Heuristik der Sicherheitsgeschichte ab, in der spezifische Felder untersucht werden müssen. Dabei verdient die begriffsgeschichtliche Einbettung von »Sicherheit« – auch im Hinblick auf Gegenkonzepte wie »Freiheit« – ebenso besonderes Augenmerk wie die Analyse von Sicherheitsperzeptionen und der Sicherheitsproduktion staatlicher und gesellschaftlicher Akteure. Auch die Erwartungen und Spielräume der Sicherheitspolitik sind jeweils historisch zu kontextualisieren. Im Anschluss an die neuere Diskussion über *governance* sollten dabei nicht-staatliche Akteure einbezogen werden. Insgesamt verweist die Herstellung und der Schutz von Sicherheit aber nicht nur auf Legitimationsbedürfnisse und -ressourcen, sondern auch auf Diskurse über politisch-soziale Ordnungen und die symbolische Integration von Gesellschaften und Gemeinschaften, in Nationalstaaten und darüber hinaus. Die hier veröffentlichten Aufsätze tragen zur entstehenden historischen Sicherheitsforschung bei. Dabei konzentrieren sie sich auf die Analyse von Sicherheitskulturen in Russland und Deutschland im 20. Jahrhundert.³¹

2. »Sicherheitskulturen«: das Profil des Bandes

Die Forschung zur Sicherheit hat sich im Wesentlichen am politischen und gesellschaftlichen Wandel orientiert. Obwohl Wilhelm von Humboldt bereits 1792 Sicherheit gleichermaßen auf den Staat und die Bürger bezogen hatte, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit lange auf die staatlichen Institutionen.

³⁰ Zum »Sicherheitsmythos« in der DDR: Hübner, Peter; Danyel, Jürgen: Soziale Argumente im politischen Machtkampf: Prag, Warschau, Berlin 1968–1971. In: ZfG 50(2002), S. 804–832, hier: S. 832.

³¹ Daase: Historisierung, S. 396–404; Zwierlein: Sicherheitsgeschichte, S. 382.

Erst im 20. Jahrhundert traten die Gesellschaft und die Individuen als Bezugsgrößen hinzu. Zugleich erweiterte sich das Problemfeld von militärischer zu ökonomischer, ökologischer und humanitärer Sicherheit. Dabei haben Menschenrechtsaktivisten auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verwiesen, die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Bereits die Deklaration hatte betont, dass die Sicherheit des internationalen Systems, der Nationalstaaten und der einzelnen Menschen miteinander verschränkt sind.³² In räumlicher Hinsicht ist Sekurität zunehmend nicht mehr national, sondern grenzüberschreitend und in jüngster Zeit sogar global verstanden worden. Nicht zuletzt hat sich das Verständnis der zu begegnenden Gefahren von einem diffusen Bedrohungsgefühl zu einer Perzeption von Risiken verschoben, denen über reaktive Maßnahmen hinaus mit präventiven bzw. präkautiven Maßnahmen begegnet werden sollte. Diesem Sicherheitsmanagement, das besonders staatliche Behörden einem wachsenden Legitimationsdruck unterworfen hat, stehen aber Befunde gegenüber, die zeigen, dass nicht vorrangig Urteile von Experten, sondern vielmehr individuelle Gefahrenwahrnehmungen das Risikobewusstsein der Bürger prägen, zumindest in der Bundesrepublik.³³

Diskurse und politisch-gesellschaftliche Handlungen, die sich auf das Verhältnis von staatlicher Sicherheitspolitik und individueller Freiheit bezogen haben, sind von Konzepten gesellschaftlicher Reformen und den daraus abgeleiteten Maßnahmen – so der Entwicklung eines »Feindstrafrechts«, Gesetzen zum Kampf gegen den Terrorismus oder Sozialreformen – tief greifend beeinflusst worden. Dabei repräsentierten im 20. Jahrhundert Regierungen nicht nur Sicherheitsinteressen und Bürger keineswegs ausschließlich das Streben nach Freiheit. Vielmehr traten wiederholt auch Bürger für mehr Sicherheit und – umgekehrt – staatlich-politische Machteliten für mehr Freiheit ein. Die Zuordnung der Akteure zu den Leitwerten variierte. Die Diskurse über Sicherheit und entsprechende Maßnahmen sowie das damit verbundene Handeln, mit dem Sekurität herbeigeführt bzw. gewahrt werden sollte, zeigen insgesamt, dass Projekte und die Politik der Kontrolle von Gesellschaften in der Moderne ambivalent sind.³⁴

Mit den Leitwerten von Sekurität und Stabilität waren auch Konzepte und Praktiken der Planung verbunden, die Unsicherheit reduzieren und zugleich neue Spielräume und Optionen für politische Eingriffe eröffnen sollten. Das Konzept der »Sicherheit« zielte vor diesem Hintergrund auf die Bewältigung von Kom-

³² Lauren, Paul Gordon: *The Evolution of International Human Rights. Visions Seen*, Philadelphia 2011, S. 254 f., 312.

³³ Gerhold, Lars: Risikobewusstsein: Sicherheit als Konstrukt gesellschaftlicher Wahrnehmung, in: Daase / Offermann / Rauer (Hg.): *Sicherheitskultur*, S. 341-356, hier: S. 351. Vgl. auch Daase, Christopher: National, Societal, and Human Security: On the Transformation of Political Language. In: *Historical Social Research* 35(2010)4, S. 22-37; ders.: Wandel der Sicherheitskultur. In: *APuZ*, B 50 / 13. Dezember 2010, S. 12, 14; Zwierlein; Graf: *Production*, S. 7.

³⁴ Allgemein: Peukert, Detlev K.: »Rationalisierung« zwischen utopischem Entwurf und krisenhafter Zurücknahme. In: ders.: *Max Webers Diagnose der Moderne*. Göttingen 1989, S. 70-91, 133 f.; Joas, Hans: Die Modernität des Krieges. Die Modernisierungstheorie und das Problem der Gewalt. In: *Leviathan* 24(1996), S. 13-27.

plexität, auch indem zukünftige Entwicklungen in der »organisierten Moderne« antizipiert, gelenkt und gestaltet werden sollten. Dabei ist besonders der Aufstieg des Interventionsstaates zu beachten, der sich in Demokratien und Diktaturen in der Durchsetzung von z. T. umfassenden, wenngleich unterschiedlichen Sicherheitsregimes niederschlug. Auf einem breiten Spektrum von Politikfeldern fiel staatlichen Institutionen beim Risikomanagement eine Schlüsselrolle zu. Gegenüber den Eingriffen dieser Institutionen zugunsten von innenpolitischer und sozialer Sicherheit verteidigten Liberale seit dem 19. Jahrhundert ihr Bekenntnis zu individueller Freiheit. Am Ende des Jahrhunderts bildete sich in West- und Mitteleuropa darüber hinaus der Sozialliberalismus heraus, der dezidiert auch auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Freiheit abgehoben hat.³⁵

Im 20. Jahrhundert weiteten sich Sicherheitskompetenzen und damit verbundenen Eingriffe in individuelle Freiheitsrechte sowohl in Diktaturen als auch in Demokratien aus. Dieser Prozess war durchweg emotional grundiert. Vor allem nach den beiden Weltkriegen bemühten sich staatliche Institutionen sowohl in Deutschland als auch in der Sowjetunion, Emotionsregimes zu etablieren, die nach den Erfahrungen tief greifender Umbrüche und biographischer Brüche Sicherheit versprachen. Indem die weithin ersehnte Sekurität und »Normalität« in Aussicht gestellt wurde, sollte letztlich Herrschaft legitimiert werden. Zugleich erwiesen sich die emotionalen Nachwirkungen der Kriege in den Gesellschaften Deutschlands und der UdSSR als zählebzig. Nach 1918/21 und 1945 entwickelte sich hier nicht nur Aufbruchseuphorie; vielmehr hielt auch Furcht an, die sich aus der unmittelbaren Vergangenheit speiste und die Zukunftserwartungen beeinflusste.³⁶

³⁵ Grundlegend: Kaufmann, Franz-Xaver: Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Stuttgart 1970, bes. S. 63–105; Scott, James C.: Seeing Like a State. How certain schemes to improve the human condition have failed. New Haven 1998. Vgl. auch Doering-Manteuffel, Anselm: Ordnung jenseits der politischen Systeme: Planung im 20. Jahrhundert. In: Geschichte und Gesellschaft 34 (2008), S. 398–406; Gosewinkel, Dieter: Zwischen Diktatur und Demokratie. Wirtschaftliches Planungsdenken in Deutschland und Frankreich: Vom Ersten Weltkrieg bis zur Mitte der 1970er Jahre. In: ebenda, S. 327–359, hier: S. 329, 352; Lessenich, Stephan; Vogel, Berthold: Erwartungen und Spielräume politischer Planung. Zwischen Gegenwartsstabilisierung und Zukunftsvernichtung. In: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 18 (2009), S. 3–5; Tönsmeier, Tatjana; Vowinkel, Annette: Sicherheit und Sicherheitsempfinden als Thema der Zeitgeschichte: Eine Einleitung. In: Zeithistorische Forschungen Online-Ausgabe, 7 (2010)2, S. 2 (letzter Zugriff am 8. Dezember 2010); Zwierlein; Graf: Production, S. 16. Zum Konzept der »organisierten Moderne«: Wagner, Peter: A Sociology of Modernity. Liberty and Discipline. London 1994, S. 73–82, 154–160.

³⁶ Emotionsnormen bzw. -regimes (emotionology) umfassen die »attitudes or standards that a society, or a definable group within a society, maintains toward basic emotions and their appropriate expression ...« Zit. nach: Stearns, Peter N.; Stearns, Carol Z.: Emotionology: Clarifying the History of Emotions and Emotional Standards. In: American Historical Review 90(1985), S. 813–836, hier: S. 813. Vgl. auch Biess, Frank: Feelings in the Aftermath: Toward a History of Postwar Emotions. In: ders.; Moeller, Robert G. (Hg.): Histories of the Aftermath. The Legacies of the Second World War in Europe. Paderborn 2012, S. 30–48, hier: S. 35, 39 f. Zur begriffsgeschichtlichen und theoretischen Grundlage: Frevert, Ute: Gefühlswissen in der Moderne – Entwicklungen und Ergebnisse. In: dies. (Hg.): Gefühlswissen. Eine lexikalische Spurensuche in der Moderne. Frankfurt/M. 2011, S. 263–277, 341–343; Saxer, Daniela: Mit Gefühl handeln. Ansätze der Emotionsgeschichte. In: Traverse. Zeitschrift für Geschichte 14(2007)2, S. 15–29.

Auch stellten Deutsche und Russen im 20. Jahrhunderts den »von oben« verordneten, emotional begründeten Sicherheitsregimes ihre Ansprüche auf individuelle Freiheit gegenüber. Allerdings hat sich im Allgemeinen nur in demokratischen Systemen mit pluralistischen Gesellschaften und freien Öffentlichkeiten ein offener Konflikt über die Balance zwischen dem Recht auf individuelle Selbstbestimmung und staatlichen bzw. gesellschaftlichen Sicherheitsimperativen entwickelt. So setzten die kommunistischen Machthaber in der Sowjetunion wiederholt willkürlich ein gesondertes Strafrecht gegen (oft willkürlich definierte) »Feinde« durch. Demgegenüber haben Forderungen, rechtliche Ansprüche zum Nachteil von Tätern zu differenzieren, auch nach den Anschlägen, die seit dem 11. September 2001 verübt worden sind, in der Bundesrepublik scharfen Widerspruch ausgelöst.³⁷

Auf der Grundlage der dargelegten Überlegungen und Fragen erschließt der Band für die Historiographie ein neues Arbeitsgebiet, das besonders für die Vergleichs- und Verflechtungsgeschichte Deutschlands und Russlands bzw. der Sowjetunion weiterführende Erkenntnisse eröffnet. Die Beiträge konzentrieren sich auf einzelne Konstellationen, in denen sich Perzeptionen von Sicherheit ebenso kristallisierten wie die mit ihnen verbundenen Werte und Praktiken. Die Gefahren- und Risikoperzeptionen der Akteure und die von ihnen jeweils vertretenen Werte, Normen und Ziele begründeten schließlich spezifische politische und gesellschaftliche Handlungen und Maßnahmen zugunsten der Sicherheit, z. B. in Gesetzen. Diese verdichteten sich im 20. Jahrhundert zu »Sicherheitskulturen«. Sie umfassen grundsätzlich die »Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen und Individuen [...], die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist und wie und mit welchen Mitteln dieser Gefahr begegnet werden soll.« Damit sind auch zwischenstaatliche und innergesellschaftliche Konflikte über Sicherheit zu untersuchen. Indem darüber hinaus Freiheit als konkurrierender, in spezifischen Diskursen aber auch komplementärer Leitwert in Studien einbezogen wird, entsteht ein Spannungsbogen, der Sicherheit als Konfliktfeld konstituiert. So gefasst, sind geschichtswissenschaftliche Studien zum Wandel von Sicherheitsvorstellungen und -politik auch unmittelbar anschlussfähig zur neueren interdisziplinären Demokratisierungsforschung.³⁸

Der Begriff »Sicherheitskultur« ist in den westlichen Staaten nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl 1986 geprägt worden. In den neunziger Jahren wurde er auch in der politik- und rechtswissenschaftlichen Forschung aufge-

³⁷ Kritisch dazu: Förster, Jürgen: Taking Schmitt seriously. Über den Widerspruch von Freiheit und Sicherheit im aktuellen Sicherheitsdiskurs. In: *Leviathan* 38(2010), S. 617–635, bes. S. 617, 620, 828, 633; Lepsius, Oliver: Sicherheit und Freiheit – ein zunehmend asymmetrisches Verhältnis. In: Schuppert, Gunnar Folke u.a. (Hg.): *Der Rechtsstaat unter Bewährungsdruck*. Baden-Baden 2010, S. 23–54, bes. S. 24, 26, 28, 38.

³⁸ Dazu das Plädoyer in: Nolte, Paul: *Jenseits des Westens? Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Demokratie*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 61 (2013), S. 275–301, hier S. 279. Zit. nach: Daase: *Wandel*, S. 9; ders.: *Sicherheitskultur*, S. 40. Vgl. auch Daase: *National, Societal, and Human Security*, S. 22. Zur akteurstheoretischen Ausrichtung grundsätzlich die Überlegungen in: Adloff, Frank: *Kollektives Handeln und kollektive Akteure*. In: Jaeger, Friedrich; Straub, Jürgen (Hg.): *Handbuch der Kulturwissenschaften. Paradigmen und Disziplinen*, Bd. 2. Stuttgart 2004, S. 308–326.

nommen, wobei er allerdings entweder auf Nationalstaaten oder auf »Weltkulturen« bezogen wurde. Im Anschluss an Christopher Daase wird hier demgegenüber ein kulturwissenschaftlich-praxeologisch orientiertes und inspiriertes Konzept der »Sicherheitskultur« vorgeschlagen, das darauf abhebt, dass Sicherheitsprobleme von einflussreichen Adressatengruppen wahrgenommen, definiert und akzeptiert werden. Daraus resultiert jeweils politisches und gesellschaftliches Handeln. Ausgehend von dieser Überlegung, sollten historische Studien (oft nicht bewusste) Konzepte und Sinngebungen von Sicherheit rekonstruieren und analysieren, die sich in sozialen Praktiken niedergeschlagen haben. »Sicherheitskultur« umfasst damit »diejenigen Werte, Diskurse und Praktiken [...], die dem auf Erzeugung von Sicherheit und Reduzierung von Unsicherheit gerichteten sozialen Handeln individueller und kollektiver Akteure Sinn und Bedeutung geben.«³⁹ Das Konzept vermag Ansätze unterschiedlicher Disziplinen zu Problemen der Sicherheit zu integrieren und wird der Einsicht gerecht, dass Sicherheitskulturen als Ensemble verschiedener Konstruktionen gefasst werden sollten. Sie sind aber durchweg dem Wandel unterworfen und in der Geschichte fundiert. Zudem wird die Durchsetzung spezifischer Verständnisse und Vorstellungen von Sekurität maßgeblich von den jeweiligen Machtverhältnissen bestimmt.⁴⁰ Wie die in diesem Band veröffentlichten Aufsätze zeigen, müssen Sicherheitskulturen deshalb konkret historisch rekonstruiert werden.

Auch sind sie durchweg umstritten geblieben. Die Konflikte über unterschiedliche Formen staatlicher Sicherheitspolitik – besonders in ihrem Verhältnis zu den jeweiligen Freiheitskonzepten und -vorstellungen – haben sich in einem dynamischen gesellschaftlichen Kräftefeld vollzogen. Analysen zu den Interaktionen über das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit können sich deshalb nicht auf Diskurse beschränken. Vielmehr sind die Kontroversen über die Beziehungen zwischen den beiden Leitkategorien als Prozess der Vergesellschaftung zu fassen. Über Georg Simmels Analyse der Formen von Interaktionen zwischen Individuen hinaus bezeichnet »Vergesellschaftung« nach Max Weber eine spezifische Form sozialen Handelns, die auf einem wert- oder zweckrational motivierten Ausgleich oder einer ebenso begründeten Verbindung von Interessen basiert. Vergesellschaftetes Handeln, das auf gegenseitige Absprachen beruht, orientiert sich wertrational »an dem Glauben an die *eigene* Verbindlichkeit« und zweckrational »an der Erwartung der Loyalität des *Partners*«. Damit ist Sicherheitspolitik analytisch als »das auf Herrschaft und Ordnung gerichtete Vergesellschaftungshandeln sozialer Akteure« zu fassen.⁴¹

³⁹ Zit. nach: Daase, Christopher: Sicherheitskultur – Ein Konzept zur interdisziplinären Erforschung politischen und sozialen Wandels. In: Sicherheit und Frieden 29(2011)2, S. 59–65, hier: S. 63. Vgl. auch Conze: Securitization, S. 456.

⁴⁰ Gordon: Evolution, S. 301 f., 306, 310.

⁴¹ Zit. nach (in dieser Reihenfolge): Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 1. Halbbd., Tübingen 1976, S. 22 (kursiv gesetzte Wörter gesperrt gedruckt); Daase, Christopher: Sicherheitspolitik und Vergesellschaftung. Ideen zur theoretischen Orientierung der sicherheitspolitischen Forschung. In: ders. u.a. (Hg.): Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt. Baden-Baden 1993, S. 39–64, hier: S. 59. Dazu Erläuterungen in: Strasser, Hermann: Arti-

Im 20. Jahrhundert vollzogen sich Interaktionen zum Verhältnis von Sicherheit und Freiheit in Europa in spezifischen Konstellationen als (symmetrische oder asymmetrische) Aushandlungsprozesse und oft auch als Konflikte über unterschiedliche Perzeptionen, Konzepte und Maßnahmen. Damit führten sie nicht nur wiederholt zu einer umfassenden politischen und sozialen Mobilisierung, sondern sie trugen auch zu einer fortschreitenden Vergesellschaftung bei. Dieser Prozess ist nicht zuletzt von der Macht einzelner Akteure bestimmt worden, die ihre Konzeptionen von Sekurität durchzusetzen bestrebt waren und dabei Gruppen ein- bzw. ausschlossen. Auf diesem Konfliktfeld ist das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit unterschiedlich, oft sogar als Antinomie verstanden, konzipiert und funktionalisiert worden, so dass auch die jeweiligen Handlungspraktiken der beteiligten Gruppen variierten.

3. Fragestellungen, Struktur und Beiträge des Bandes

Der Band wird anhand konkreter, empirisch fundierter Beiträge zur Geschichte Russlands bzw. der Sowjetunion und Deutschlands seit dem 19. Jahrhundert die jeweils vorherrschenden Sicherheitskulturen, in denen sich spezifische Werte, Normen und Ziele zum Verhältnis von Freiheit und Sicherheit niederschlugen, konturieren und erklären. Dabei soll der historische Vergleich Ähnlichkeiten und Unterschiede aufzeigen und erklären. Darüber hinaus werden Transfers und Verflechtungen zwischen den beiden Staaten nachgezeichnet. Aber auch wechselseitige Abwehr und Blockaden müssen einbezogen werden, ohne dabei überkommene Fremd- bzw. Feindbilder und Vorurteile zu reproduzieren. Damit kann eine Hypostasierung nationaler Sicherheitskulturen ebenso vermieden werden wie eine vorschnelle Konzentration auf einen globalen Bezugshorizont.⁴²

Die einzelnen Aufsätze unterscheiden zwischen den skizzierten Phasen und verschiedenen Dimensionen. Sie behandeln den Wandel und die Merkmale von Sicherheitskulturen in Deutschland und Russland bzw. in der Sowjetunion vorrangig anhand von drei Herausforderungen und den darauf bezogenen Handlungsfeldern, in denen staatliche und gesellschaftliche Akteure auf der Grundlage ihrer Überzeugungen, Normen und Werte jeweils Gefahren definierten und Gegenmaßnahmen initiierten: dem Terrorismus, der Sozialpolitik sowie politischem und gesellschaftlichem Protest.

Die einzelnen Beiträge beziehen sich auf folgende Fragen:

kel »Vergemeinschaftung« und »Vergesellschaftung«. In: Dieter Nohlen (Hg.): Lexikon der Politik, Bd. 7. München 1998, S. 677 f.; Jung, Heinz: Artikel »Vergesellschaftung«. In: Sandkühler, Hans Jörg (Hg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Bd. 4. Hamburg 1990, S. 694–698; Gräfrath, Bernd: Artikel »Vergesellschaftung«. In: Mittelstraß, Jürgen (Hg.): Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie, Bd. 4. Stuttgart 1996, S. 505 f.

⁴² Vgl. das Plädoyer in: Daase: Sicherheitskultur, S. 34f. Zu den traditionellen Stereotypen: Beyrau, Dietrich: *Mortal Embrace. Germans and (Soviet) Russians in the First Half of the 20th Century*. In: *Kritika* 10/2009, S. 423–439, hier: S. 427–430.

- Welche Akteure identifizierten und bestimmten jeweils Sicherheit, Gefahren bzw. Risiken? Inwiefern war »Sicherheit« auf korrelierende Begriffe wie »Freiheit« bezogen? Wie wurden die betreffenden Konzepte definiert? Welche Perzeptionen und Analysen von Konstellationen und Herausforderungen lagen den Definitionen jeweils zu Grunde?
- Auf welchen Werten und lebensweltlichen Prägungen beruhten spezifische Festlegungen zum Verhältnis von Sicherheit und Freiheit? Wie vollzogen sich dabei Aushandlungsprozesse zwischen unterschiedlichen Akteuren?
- Welche Akteure setzten bestimmte Maßnahmen zur Gefahrenabwehr durch? Wie sollte Sicherheit hergestellt bzw. bewahrt werden?
- Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede sind im Hinblick auf die oben dargelegten Fragestellungen zwischen Russland bzw. der Sowjetunion und Deutschland identifizierbar? Welche grenzüberschreitenden Perzeptionen und Transfers, aber auch Abwehrreflexe und Blockaden können in den einzelnen Phasen identifiziert werden? Inwieweit entwickelten sich die Sicherheitskulturen in den beiden Ländern auch in einem multilateralen Austauschverhältnis?

In der ersten Sektion des Bandes werden Formen des Umgangs mit Sicherheit in der russischen Politik und Historiographie im frühen 20. Jahrhundert dargestellt. Zunächst rekonstruiert *Natalia Rostislavleva* anhand der Werke und wissenschaftlichen Arbeiten der russischen Historiker M. M. Kovalevskij, N. I. Kareev, A. K. Dživelegov und W.P. Buseskul die Wechselbeziehungen zwischen Freiheit und Sicherheit in den historischen Studien in Russland an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Sie hebt hervor, dass diese Geschichtswissenschaftler die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit durch das Prisma der Geschichte Englands, Frankreichs, Deutschlands und der USA betrachteten. Auch zeigt Rostislavleva anhand des Einflusses der Zensur und des Universitätsreglements auf die Lehre und historische Forschung, dass wissenschaftliche Akteure ihr Verständnis von Sicherheit jeweils neu bestimmten und dieses mit ihren Freiheitskonzepten abwogen.

Im Anschluss betont *Alexandra Bachturina*, dass sich die russischen Eliten vor 1914 der fehlenden Verbindung zwischen dem Zentrum und den Grenzgebieten des Russischen Reiches bewusst gewesen seien. Um die – als territoriale Integrität des Russischen Zarenreiches verstandene – Sicherheit zu gewährleisten, initiierten vor allem Nikolai Bunge und Pjotr Stolypin Entwicklungsprojekte, um die peripheren Regionen enger in das Zarenreich zu integrieren. Allerdings waren diese Programme und Politik – wie beispielsweise die gezielte Deportation in Grenzgebiete – letztlich nicht erfolgreich.

Im zweiten Abschnitt des Bands, der sich auf Wahrnehmungen von Unsicherheit und entsprechende Diskurse in der Zwischenkriegszeit und die Wirkungen auf die Sicherheitskulturen nach 1945 konzentriert, stellt *Ilya Zhenin* fest, dass die Geschichte der Weimarer Republik in den russischen Diskursen seit 1990 überwiegend mit Unsicherheit assoziiert und damit negativ konnotiert worden ist. In seinem Vergleich der gegenwärtigen Sicherheitslage Russlands und derjenigen der Weimarer Republik arbeitet er gemeinsame Züge wie

beispielsweise die Suche nach Schuldigen und die Genese einer »souveränen Demokratie« heraus.

Der Beitrag von *Christine Hikel* behandelt die Debatten über »Terror« und den »Schutz der Republik« in der Zwischenkriegszeit und die Rezeption der Weimarer Terrorismusdiskurse in der Bundesrepublik in den siebziger Jahren. Sie hebt hervor, dass sich in Westdeutschland in diesem Jahrzehnt eine erhebliche Angst vor Terroristen verbreitet habe und vor diesem Hintergrund der Sicherheitsdiskurs wieder aufgegriffen worden sei, der bereits die Weimarer Republik – besonders an ihrem Beginn und zum Ende – gekennzeichnet habe.

Anschließend erläutert *Sergej Kretinin* in seinem Aufsatz, dass die Bolschewiki Polen zwischen 1918 und 1922 als Raum für die Erweiterung der Revolution betrachteten. Demgegenüber nahmen die politischen Eliten Deutschlands Polen durch das Prisma des schlesischen Aufstands wahr. Sie hatten Angst vor dem Beginn einer Weltrevolution und befürchteten eine Hilfe der polnischen regionalen Bewegungen durch Frankreich. Den sowjetisch-polnischen Krieg und die Konfrontation in Oberschlesien interpretiert Kretinin als neuen, grenzüberschreitenden Typ regionaler Konflikte, die letztlich maßgeblich zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beigetragen hätten.

Der Beitrag von *Klaus Neumann* legt anhand der Diskussion über die Etablierung von Betriebsräten in der Weimarer Republik Errungenschaften sozialer Sicherheit dar. Dabei hebt er besonders das neue Arbeitsrecht hervor. Die »Macht ergreifung« der Nationalsozialisten, das 1934 erlassene »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« und die damit verbundenen Zwangsmaßnahmen hätten aber Ansätze einer paritätischen Sozialpolitik, welche auch die Sicherheit der Arbeiter vor Lebensrisiken gewährleistet habe, abrupt abgebrochen.

Diesen Abschnitt des Bandes abschließend, bezieht *Grigorij Stepanov* die DDR-Jugendpolitik auf das staatliche Sicherheitsregime, das in der DDR besonders das Ministerium für Staatssicherheit (die »Stasi«) trug. Er hebt hervor, dass das SED-Regime im Gegensatz zu den westdeutschen Eliten, die nach einer Balance von Freiheit und Sicherheit strebten, im Allgemeinen zu Gunsten der Staatssicherheit und einer Beschränkung der Menschenrechte entschied.

Im vierten Abschnitt des Bandes wird die Perspektive geöffnet, indem die Aufsätze den Stellenwert supranationaler Organisationen und grenzüberschreitender Kommunikation für die Wahrnehmung und Produktion von Sicherheit akzentuieren. Zunächst betont *Aleksej Sindeev* den zentralen Beitrag der europäischen Zusammenarbeit zur Entwicklung der deutschen Sicherheitskultur in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zusammen mit der beginnenden Entspannungspolitik und der damit einhergehenden Anerkennung vieler Staaten der Warschauer Vertragsgemeinschaft habe die europäische Integration das Sicherheitsdenken westdeutscher Politiker verändert und eine partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion begründet, die auch mit einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit einhergegangen sei. In Zukunft müsse Sicherheit im bilateralen Verhältnis, aber auch in der Kooperation zwischen Russland und der Europäischen Union (EU) noch weiter gefasst und vor allem eine klare, langfristig angelegte sicherheitspolitische Strategie der Gemeinschaft gegenüber der östlichen Großmacht entwickelt werden.

Mariette Fink argumentiert in ihrem Beitrag, dass die zunehmende wirtschaftliche Zusammenarbeit im Zuge der europäischen Integration das Bewusstsein für den Stellenwert sozialer Sicherheit geschärft habe, die damit gleichermaßen als Ergebnis und Triebkraft der Europäisierung angesehen werden müsse. Angesichts der konjunkturellen Krisen sei der Schutz des Wohlstands in der EG in den siebziger Jahren zu einem zentralen politischen Ziel geworden. Seit dem Pariser Gipfeltreffen der EG-Staaten (1972) und dem daraufhin verabschiedeten sozialpolitischen Aktionsprogramm (1974) vollzog sich die Expansion sozialer Sicherheit als Angleichung des Rechts, bevor sie in den achtziger Jahren sogar zu einer wichtigen Integrationsmethode wurde. Letztlich sind die Kompetenzen der Gemeinschaft auf dem Feld der Sozialpolitik aber unbestimmt und umstritten geblieben.

Dmitrij Lukjanov stellt in seinem sozialphilosophischen Aufsatz heraus, dass »Sicherheit« zu einem abstrakten Signum der Moderne geworden ist und zunehmend die gesellschaftliche Kommunikation geprägt hat. Dabei seien vor allem von den Massenmedien Perzeptionen von Feinden und Alterität verbreitet worden. In diesem Prozess habe sich ein verdinglichtes Verständnis sozialer Aktivitäten herausgebildet, das auf den Schutz lebenswichtiger Interessen abziele. Damit sei dem Sicherheitsstreben eine aggressive Komponente verliehen worden. Letztlich hat sich nach Lukjanov im Zuge dieser Umwälzung geradezu ein post-sekuritäres Zeitalter herausgebildet.

Auf der Grundlage der Überlegung, dass vertrauensbildende Maßnahmen zur Reduktion von Unsicherheit beitragen und Empathie fördern können, erläutert *Estelle Bunout*, dass die 1955 gegründete Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik einen wichtigen Stellenwert im sicherheitspolitischen Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion gewonnen habe. Im Rahmen der Neuen Ostpolitik, welche die sozialliberale Bundesregierung mit dem Moskauer Vertrag (1970) einleitete, sei zwar die in den sechziger Jahren noch kontrovers geführte Grenzdebatte beigelegt worden; Studiengruppen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik diskutierten aber darüber hinaus in einem gemischten Personenkreis die weiterhin bestehenden grundsätzlichen Probleme der äußeren Sicherheit. Auch in den siebziger und achtziger Jahren hätten die Treffen der Arbeitsgruppen und Symposien eine wichtige Sozialisationsfunktion erfüllt. Diese bestand maßgeblich in der Genese und Festigung von Vertrauen zwischen westdeutschen und sowjetischen Politikern.

Ausgehend von dem Befund, dass die Anschläge von Terroristen aus den südlichen Republiken Russlands seit 1991 direkt auf die Medienöffentlichkeit gezielt haben, zeigt *Alexander Schrepfer-Proskurjakov* im fünften Abschnitt des Bandes, in dem die Auswirkungen des neuen Terrorismus auf die Sicherheitskulturen nachgezeichnet und erklärt werden, die Formen und Folgen der Medialisierung des Tschetschenien- und Nordkaukasus-Krieges. Dabei betont er, dass sich in diesem Prozess alle beteiligten Akteure an den Bedürfnissen der Medien und den (disparaten) Erwartungen der Öffentlichkeit orientieren. Während sich die russische Machtelite zunehmend bemüht habe, ihre Legitimität auf dem Feld der Sicherheitspolitik zu behaupten, hätten die Terroristen

bewusst spektakuläre Anschläge mit einer hohen Opferzahl verübt, über die in den Medien besonders umfassend berichtet wurde. Insgesamt habe die Medialisierung damit die Konflikte in Tschetschenien und im Nordkaukasus verlängert und verschärft, zumal die Zivilgesellschaft an der Debatte letztlich kaum beteiligt worden sei.

Unmittelbar darauf bezogen, betont *Christian Wipperfürth*, dass sich die russischen Eliten (einschließlich der Spitzenpolitiker) unter den Präsidenten Wladimir Putin und Dmitri Medwedew seit 2000 grundsätzlich von einer imperialen Expansionsstrategie gelöst hätten. Die Reintegration der früheren Sowjetrepubliken werde trotz der Eingliederung der Krim im Frühjahr 2014 letztlich allenfalls rhetorisch angestrebt. Dieser Wandel sei nicht zuletzt auf neue Gefahrenwahrnehmungen zurückzuführen, die nunmehr Bedrohungen innerhalb Russlands in den Mittelpunkt gerückt hätten. Zudem haben nach dem Autor ähnliche Entwicklungstrends – wie der Rückgang der Geburtenzahlen und die damit verbundene Aufwertung des Individuums – die Kooperation des Landes mit westlichen Staaten in den russischen Nachbargebieten begünstigt, zum Beispiel in Afghanistan. Insgesamt zeichne sich dadurch – so der optimistische Befund Wipperfürths – eine neue Sicherheitspartnerschaft zwischen Russland und Deutschland ab.

Insgesamt werden in den einzelnen Beiträgen über die Wahrnehmungen und Diskurse hinaus auch die diesbezüglichen Praktiken einbezogen, die jeweils darauf abzielten, Gefahren einzudämmen und Unsicherheit zu verringern. Damit können die Konflikte und die Machtverhältnisse herausgearbeitet werden, die in den unterschiedlichen Konstellationen über die Balance von Freiheit und Sicherheit in den beiden Staaten entschieden. Diese Auseinandersetzungen verweisen auf Ähnlichkeiten und Unterschiede in den politischen Kulturen der beiden Länder, d. h. auf die Sinnbezüge, die der von Interessen und Werten geleiteten Lebenspraxis handelnder politischer Akteure zu Grunde liegen.⁴³ Letztlich wird damit auch das jeweils vorherrschende Verhältnis zwischen Politik und Gesellschaft in Demokratien und Diktaturen seit dem Ersten Weltkrieg bestimmt.

Die Aufsätze beziehen sich auf den Stellenwert staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen und Akteure im Prozess der Genese und des Wandels von Sicherheitskulturen in Russland und Deutschland seit dem späten 20. Jahrhundert. Da der Diskurs über Ordnungs- und Sicherheitskonzepte grenzüberschreitend und zunehmend sogar im Rahmen von Transfers zwischen den beiden Nationalstaaten geführt worden ist, soll der Einfluss supra- und transnationaler Organisationen einbezogen werden.⁴⁴ Obgleich sich der Band auf Sicherheitskulturen in Deutschland und in Russland bzw. in der Sowjetunion konzentriert, werden in einzelnen Beiträgen auch andere Staaten einbezogen. Dies eröffnet neue Erkenntnisse zu der erst einsetzenden historischen For-

⁴³ Rohe, Karl: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung. In: HZ 250/1980, S. 321–346, hier: S. 326, 333 f.

⁴⁴ Vgl. Saunier, Pierre-Yves: Artikel »Transnational«. In: Iriye, Akira; Saunier, Pierre-Yves (Hg.): The Palgrave Dictionary of Transnational History. Houndmills 2009, S. 1047–1055.

schung zum Verhältnis von Freiheit und Sicherheit in Europa im 20. Jahrhundert.

Die Beiträge, die dieser Band enthält, basieren auf Vorträgen, die im Rahmen der Internationalen Konferenz »Sicherheitskulturen seit dem späten 19. Jahrhundert. Deutschland und Russland/Sowjetunion im Vergleich« am 30. und 31. März 2012 an der Russischen Staatlichen Universität für Geisteswissenschaften (RGGU) Moskau präsentiert und zur Diskussion gestellt wurden. Die Konferenz, die in Kooperation und mit Unterstützung der Freien Universität Berlin und deren Leiter des Moskauer Büros, Tobias Stüdemann stattfand, behandelte ein wichtiges Problem der neueren Forschung im deutsch-russischen Dialog. Die Beiträge spiegeln die unterschiedlichen Wissenschaftskulturen wider, die für die Veröffentlichung nicht nivelliert werden sollten. Deshalb sind die Aufsätze in diesem Band in Deutsch oder Russisch belassen worden. Zusammenfassungen in der jeweils anderen Sprache finden sich jeweils am Ende der Beiträge. Obgleich geschichtswissenschaftliche Fragestellungen vorherrschen, werden auch Untersuchungsansätze anderer Disziplinen – vor allem der Philosophie, der Soziologie und der Politikwissenschaften – aufgegriffen.

Dank gebührt dem Rektorat der Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität, vor allem deren Rektor, Prof. Efim I. Pivovar, und dem Deutsch-Russischen Lehr- und Wissenschaftszentrum an dieser Hochschule. Die Tagung hätte nicht ohne die Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft durchgeführt werden können. Auch das *Center for International Cooperation* an der Freien Universität Berlin hat kräftig zur Zusammenarbeit in diesem Rahmen beigetragen. Für die Förderung des Drucks und der Übersetzungen sind die Herausgeber dem Deutschen Wissenschafts- und Innovationshaus Moskau sehr dankbar. Die Autorinnen und Autoren haben ihre Vorträge für die Publikation z. T. kräftig überarbeitet. Nicht zuletzt ist Alice Hailperin für das gründliche Lektorat und Verena Nöthig sowie Aylin Herker für die Endkorrektur zu danken.